

FDP Kreisverband Vogtland · Straßberger Straße 24 · 08523 Plauen

Bundesministerium der Finanzen
Bundesminister der Finanzen
Herr Christian Lindner
Wilhelmstraße 97
10117 Berlin

Offener Brief

Klingenthal, 04. September 2022

FDP Kreisverband Vogtland
Kreissvorstand

info@fdp-vogtland.de
www.fdp-vogtland.de

FDP Kreisverband Vogtland
Straßberger Straße 24
08523 Plauen

T: +49 3741/137044

Sehr geehrter Herr Finanzminister, lieber Parteifreund Christian Lindner,

in der Bundesrepublik Deutschland braut sich etwas zusammen, was das Fundament unserer freiheitlich demokratischen Grundordnung nicht nur erschüttern, sondern möglicherweise zerstören wird. Tausende Menschen aus der Mitte unserer Gesellschaft haben am Wochenende in Plauen eine Reaktion in der Politik, eine veränderte Politik gefordert.

Vorab möchten wir Ihnen ein Zitat darlegen, welches Ludwig Erhard, der bekanntermaßen kein Liberaler war, zugeschrieben wird:

„Die Inflation kommt nicht über uns als ein Fluch oder als ein tragisches Geschick; sie wird immer durch eine leichtfertige oder sogar verbrecherische Politik hervorgerufen!“

Die FDP und Sie, Herr Linder, als derzeitiger Finanzminister dieser Regierung, tragen die Verantwortung die sich anbahnende Verarmung breiter Bevölkerungsschichten zu verhindern. Diese Verarmung hat ihre Ursache in einer falschen, durch grün-sozialistische Ideologien bestimmten, Wirtschafts- und Steuerpolitik.

Dass die Preise für Energie und Produkte inflationär steigen ist nicht gottgegeben. Die Bundesregierung muss alle Möglichkeiten nutzen Einfluss auf die Preisentwicklung in unserem Land zu nehmen, die Politik darf nicht Preistreiber sein.

Die Wahrheit ist, dass gerade die zum 01.01.2021 eingeführte Co2-Abgabe, einer der Hauptpreistreiber der Kosten für Energie in Deutschland ist und nicht nur die gestiegenen Weltmarktpreise für Gas, Erdöl und Strom.

Ihnen müsste unter anderem als zuständiger Finanzminister bekannt sein, dass sich der Preis für ein Barrel Erdöl am Weltmarkt seit gut einem Monat unter 100,00 US-Dollar bewegt, also fast das Preisniveau erreicht hat, welches vor dem russischen Angriffskrieg geherrscht hat. Gleichwohl bewegen sich aber die Marktpreise für Heizöl und die anderweitigen Treibstoffe in Deutschland auf einem sehr hohen Niveau. Dies ist unter anderem auf die benannte Co2 -Abgabe, neben anderen

Freie Demokratische Partei (FDP) e.V.
Kreisverband Vogtland
Telefon: +49 3741/137044
E-Mail: info@fdp-vogtland.de
Internet: www.fdp-vogtland.de

Vereinsregister-Nr.: VR 13996 B, Steuernummer: 27/650/51803
Amtsgericht Charlottenburg, Sitz: Berlin
Bundesvorsitzender: Christian Lindner
Bundesgeschäftsführer: Marco Buschmann

Bankverbindung: DE90 87058000 3100006258

Spendenkonto: DE51 87058000 3610002114

Abgaben, als auch offensichtlicher Preisabsprachen unter den Mineralölunternehmen, zurück zu führen.

Auch ist zu berücksichtigen, dass ein weiterer Treiber der derzeitigen Inflation nicht nur der Weltmarkt alleine, sondern neben der Geldpolitik der EZB, gerade der Fiskus ist. Der Fiskus ist der größte Profiteur der hohen Inflation, dies zeigt insbesondere die derzeitige Steuerschätzung. In diesem Jahr sollen die Steuereinnahmen von Bund, Ländern, Gemeinden und EU um 6,7 Prozent auf dann 889,3 Milliarden Euro steigen. In der aktuellen Prognose der Steuerschätzer liegen die jährlichen Steuereinnahmen am Ende des Planungszeitraumes bereits bei einer Billion Euro. Damit tragen Sie, Herr Lindner, als zuständiger Repräsentant für Finanzen die größte Verantwortung in dieser Regierung!

Alle bislang ergriffenen und augenscheinlich von Ihnen vorgeschlagenen Maßnahmen sind nur kleine Tropfen auf dem heißen Stein. Sie mildern nicht ansatzweise die Folgen für die von der Inflation hart getroffenen Bevölkerungsschichten. Dies betrifft nicht nur die von Ihrer Finanzpolitik völlig vergessenen Rentner, sondern ganz besonders die unteren Einkommensgruppen. Diese spüren die Inflation und ihre Folgen.

Es gehört zu den Grundlagen volkswirtschaftlichen Wissens, das untere Einkommensgruppen von hohen Verbrauchspreisen, die auch durch hohe Verbrauchssteuern verursacht werden, leiden.

Die Mehrwertsteuer ist die unsozialste Steuer die wir haben, sie ist zugleich mit über 218 Mrd.€ (Wert in 2020) der größte Posten bei den staatlichen Einnahmen.

Durch die Erhöhung der Marktpreise profitiert der Fiskus als erster über die prozentuale Verbrauchsbesteuerung, wie die schon angesprochene Steuerschätzung zeigt. Damit ist aus unserer Sicht eines klar: Der Fiskus, dem Sie Herr Lindner als Finanzminister vorstehen, ist der Profiteur und der Hauptverantwortliche, der neben den Weltmarktpreisen und der Geldpolitik der EZB, die inflationären Preise durch exorbitante hohe Verbrauchssteuerquote anheizt. Der Fiskus profitiert direkt über die Verbrauchssteuern, wie die Umsatzsteuer, die Energiesteuern und die benannte Co2-Abgabe von den steigenden Preisen.

Aus politischer Sicht gibt es von uns als Kreisverband als erstes nur ein Instrument zur Entlastung der Verbraucher, als auch des produzierenden Mittelstandes:

1. Die sofortige Abschaffung der Co2-Abgabe!
2. Die nachhaltige Senkung der Mehrwertsteuer auf Energie von 19% auf 7%!

Weiterhin müssen die Energiesteuern, als auch die in Vergessenheit geratene sog. Ökosteuer, die zu einer weiteren Teuerung bei den Energiepreisen in Deutschland beitragen, gesenkt, wenn nicht langfristig abgeschafft werden.

Diese Maßnahmen, obliegen Ihrem Resort und führen sehr schnell zu einer Entlastung sämtlicher Bürger und verschaffen allen Bürgern Luft über den Winter zu kommen. Auch sind diese Maßnahmen ohne großen Bürokratieaufwand umsetzbar.

Einen Hinweis erlauben wir uns auch an dieser Stelle zu geben, der in der öffentlichen Diskussion aus verständlichen Gründen immer falsch dargestellt wird: Empfänger von ALG II und Grundsicherung (SGB XII) haben im Hinblick auf die Energiebesteuerung keinerlei wesentlichen Nachteile zu erwarten. Ausgenommen hiervon ist die Bepreisung von Strom. Dies hat seine Ursache darin, dass das SGB II (die gesetzliche Grundlage für die Gewährung von ALG II) in § 12 SGB II vorsieht, dass die Kosten der Unterkunft und Heizung von dem Leistungsträger und damit von dem Jobcenter zu tragen sind. Dies bedeutet, dass gerade die in der öffentlichen Diskussion benannten Kreise, die angeblich unter den hohen Energiepreisen und Heizkosten leiden sollen, kaum einen Nachteil erleiden. Die hohen Energiepreise treffen damit nur diejenigen, die nicht auf staatliche Transferleistungen angewiesen sind – also die meisten Rentner und Erwerbstätigen und damit ausgerechnet diejenigen, die die benannten Transferleistungen mit Ihrer täglichen Arbeit finanzieren!

Die derzeitige Energiebesteuerung führt zur Anheizung der Inflation auf allen Ebenen. Dabei hatte Deutschland schon die höchsten Energiepreise der Welt. Denn sämtliche Güter werden in ihren Preisen weiter steigen, solange die Energiebesteuerung in unserem Lande so hoch erfolgt, wie es derzeit der Fall ist.

Wir fordern Sie auf endlich auf der oben beschriebenen Grundlage Konzepte zu erarbeiten, die zu einer tatsächlichen Entlastung der Bürger und auch der Wirtschaft führen. Dies muss durch die Abschaffung der Co2-Steuer, die signifikanten Senkungen der Verbrauchsteuern eingeleitet werden und durch

massive Senkung - und nicht die Erhöhung - der Einkommensteuer weitergeführt werden. Eine Gegenfinanzierung dieser Maßnahmen kann durch die Zurückführung von einer Vielzahl von unsinnigen Förderprogrammen auf sehr einfachem Weg erfolgen. Dies führt dann auch zu einer ersten Entbürokratisierung, die seit Jahrzehnten gefordert, aber nie durchgesetzt wurde.

Die bislang getroffenen Maßnahmen sind Bürokratiemonster, die nichts anderes bezwecken als wiederum komplexe Verfahren zu initiieren, die volkswirtschaftlich keinerlei Wirkung entfalten und zu einer weitergehenden Beschäftigung des öffentlichen Sektors beitragen. Hierzu zählt neben der ab September auszahlenden Energiepauschale von 300,00 €, auch der Vorschlag den Grundfreibetrag um wenige 100,00 € anzuheben, als auch das Kindergeld anzuheben. Auch diese Maßnahmen spiegeln die Politik der vergangenen 20 Jahre wider und sind keine großen Neuerungen. Nichts von dem ist innovativ und in die Zukunft gerichtet!

Die Quittung wird bei der nächsten Bundestagswahl die FDP genauso treffen, wie im Jahre 2013, wo man sich nicht in der Lage sah die Koalition mit Frau Merkel und ihrer CDU im Rahmen der „Euro Rettung“ zu verlassen. In der Konsequenz muss das auch heißen, dass die FDP auch einen Austritt aus dieser Koalition erwägen muss, wenn die Umsetzung dieser Maßnahmen an den bekannten Ideologen scheitert. Derzeit werden die Fehler von 2009 bis 2013 in der FDP in anderer Lesart wiederholt!

Als liberale Partei müssen wir uns mit aller Macht gegen diese, um es mit Ludwig Erhard zu formulieren, falsche Politik stemmen. Und wenn wir derzeit die einsamen Rufer im Walde sind.

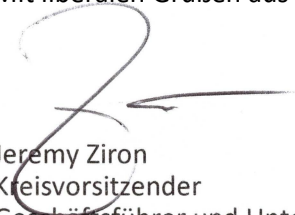
Die Inflation wird nicht alleine durch die Anhebung von Zinsen sondern auch durch eine nachhaltige Steuerpolitik wirksam bekämpft. Das Schnüren von Pauschalpaketen, das geringfügige Anheben von Steuerfreibeträgen und dem Kindergeld führt zu nichts. Es muss der große Wurf her. Wir müssen in Deutschland endlich beginnen zu handeln und zu arbeiten. Hierbei müssen die Leistungsträger in unserem Land im Fokus stehen und nicht diejenigen, die sich einer Leistung verweigern. Leistung muss sich nun endlich wieder lohnen.

Wir als Kreisverband wundern uns jeden Morgen, wie der deutsche Mittelstand, und dazu gehören auch die Arbeitnehmer, früh aufstehen und an ihr Tagwerk

gehen, obwohl sie von einer vermeintlichen politischen Elite für diese Leistung nur verachtet und belächelt werden. Empfänger von Transferleistungen werden hofiert, der arbeitende Bürger geschröpft.

Machen Sie Politik für die Bürger in diesem Land! Sorgen Sie für wirkliche Entlastungen der Bürger!

Mit liberalen Grüßen aus dem Vogtland



Jeremy Ziron
Kreisvorsitzender
Geschäftsführer und Unternehmer



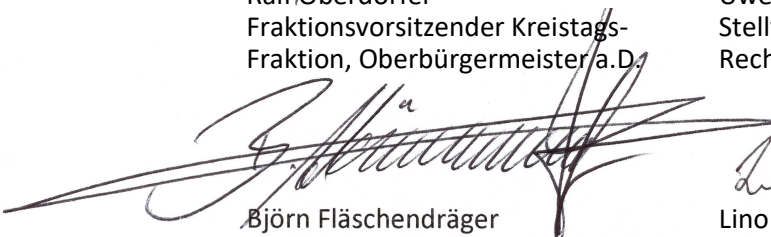
Joachim Günther
Ehrevorsitzender
Parlamentarischer Staatssekretär a.D.



Ralf Oberdorfer
Fraktionsvorsitzender Kreistags-
Fraktion, Oberbürgermeister a.D.



Uwe Geisler
Stellvertretender Kreisvorsitzender
Rechtsanwalt



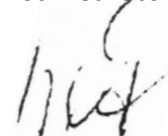
Björn Fläschendräger
Stellvertretender Kreisvorsitzender
Kreisrat & Stadtrat



Lino Markfort
Stellvertretender Kreisvorsitzender
M.Sc. Betriebswirtschaftslehre



Martin Treeck
Beisitzer im Kreisvorstand
Rechtsanwalt



Werner Pilz
Beisitzer im Kreisvorstand
Ehrenobermeister der KFZ-Innung



Sandro Bauroth
Beisitzer im Kreisvorstand
Bürgermeister a.D.



Veit Bursian
Beisitzer im Kreisvorstand, Kreisrat
Fachmann für Versicherungen und Finanzen



Daniela Hommel-Kreißl
Beisitzer im Kreisvorstand
Redakteurin, Bürgermeisterin im
Ehrenamt a.D., Kreisrätin



Thomas Böhm
Beisitzer im Kreisvorstand
Versicherungskaufmann



Achim Schulz
Beisitzer im Kreisvorstand
Bürgermeister a.D.



Andreas Bretschneider
Beisitzer im Kreisvorstand
Maschinenführer



Eckart George
Beisitzer im Kreisvorstand,
Landesvorsitzender der Liberalen
Senioren Sachsen, Beisitzer im Bun-
desvorstand der Liberalen Senioren



Christof Puschmann
Beisitzer im Kreisvorstand
Veranstaltungskaufmann



Heike Pietschmann



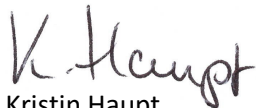
Rainer Pietschmann



Joachim Männel



Steffen Keller



Kristin Haupt
Selbstständige Friseurmeisterin



Heidrun George



Steffen Lutz



Karla Lutz



Ronald Braun